



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

FR-online vom 9.3.2010

Idsteiner üben Widerstand **Wieder Streit über Bordell**

VON REGINE SEIPEL



Bordell (Bild: dpa)

In Idstein tobt der Kampf gegen ein Großbordell. Seit drei Monaten sind die Bürger des Taunusstädtchens in Aufruhr. Der Widerstand geht quer durch die Parteien. Der Magistrat wollte einer entsprechenden Bauvoranfrage zustimmen. Weil das Parlament daraufhin mit Zwei-Drittel-Mehrheit eine Ablehnung forderte, prüft derzeit die Baubehörde des Rheingau-Taunus-Kreises. Kreisbeigeordnete Jutta Nothacker (CDU) macht den Idsteinern Hoffnung. "Nach unserer Rechtsauffassung ist das Bordell nicht zulässig", sagt sie. Da es jedoch um Millioneninvestitionen gehe, rechnet sie mit einer Klage.

Anlass des Streites ist eine ehemalige Tennishalle neben einem gepflegten Wohngebiet. Seit Jahren steht die Lore-Bauer-Halle schon leer. Pläne für andere Nutzungen scheiterten. Weil der Verfall voranschreitet, seien hohe Investitionskosten nötig, sagt Peter Werner, Hauptamtsleiter in Idstein. Sollte sich kein Investor finden, könnten irgendwann große finanzielle Lasten auf die Stadt zukommen, lautet ein Argument, das Bürgermeister Gerhard Krum (SPD) in der seit Wochen hochkochenden Debatte für ein Bordell ins Feld führte. Die Gegner, die seit Dezember den Widerstand organisieren, sehen das anders. "Wir wollen das Milieu hier nicht haben", sagt Hans-Ulrich Stork, Sprecher der Bürgerinitiative. "Und wir wollen die Frauen schützen."

Investor ist unbekannt

Der Antrag, über den die Kreisbaubehörde nun entscheiden muss, sehe ein Bordell mit 45 Zimmern vor. Im Drei-Schicht-Betrieb, so die Information der Bürgerinitiative, sollen Frauen dort sexuelle Dienste anbieten. Der Investor sei unbekannt. Vertreten wird er durch den Frankfurter Rechtsanwalt Michael Karthal. Er soll auch die Betreiber eines Großbordells in Weinheim vertreten, wo seit Jahren eine ähnliche Auseinandersetzung tobt. Für Auskünfte zu den Idsteiner Plänen war er auf Anfrage der Frankfurter Rundschau nicht zu erreichen.

Der Idsteiner Magistrat habe zur Bauvoranfrage rein nach rechtlichen Kriterien Stellung bezogen, rechtfertigt Hauptamtsleiter Werner den umstrittenen Beschluss. Viele Menschen in Idstein sehen das anders. Ein ehemaliger Stadtrat, der jahrelang die Geschicke der Kommunalpolitik mitbestimmte, gab aus Protest gegen diese Haltung sogar seine Urkunde als Stadtältester zurück. Auch die evangelische Kirchengemeinde bat den Magistrat in einem offenen Brief, alle rechtlichen Möglichkeiten gegen das Bordell auszuschöpfen.

Jetzt legen die Stadtverordneten nach und wollen im März einen Bebauungsplan für das Gelände beschließen, der den Betrieb eines Bordells verbietet. Diskutiert wird auch, ob ganz Idstein zum Sperrbezirk werden soll.

Dies ist grundsätzlich für Kommunen möglich, die weniger als 50000 Einwohner haben. Das Verfahren ist jedoch langwierig und an strenge Kriterien gebunden. Eineinhalb Jahre hatte es im mittelhessischen Stadtallendorf gedauert, in dem im Herbst vergangenen Jahre große Teile der Stadt als Sperrbezirk ausgewiesen wurden. Diese lange Zeit hatte die Investoren, die dort ein Bordell einrichten wollten, inzwischen abgeschreckt.

Idstein und Stadtallendorf sind nicht die einzigen hessische Kommunen, in denen Bürger gegen Großbordelle Sturm laufen. In Bad Vilbel hatten sie Erfolg. Der Betreiber zog sich vorerst zurück, nachdem seine Pläne auf Widerstand stießen. In Marburg war eine Bürgerinitiative vor zwei Jahren dagegen gescheitert. Und auch die Gemeinde Eichenzell bei Fulda konnte im vergangenen Jahr ein Etablissement mit planungsrechtlichen Mitteln nicht verhindern.

Rechtslage

Die Ausbreitung von Großbordellen wird nach Ansicht von Kritikern durch das Prostitutionsgesetz von 2002 gefördert, das eigentlich die Situation der Huren verbessern sollte.

Kommunen können Einrichtungen verbieten, die in Sperrbezirken liegen. 60 davon gibt es in Hessen.

Mit Baurecht lassen sich Bordelle schwerer verhindern. Weil das Gelände in Idstein Außenbereich ist, ist ein Verbot aussichtsreicher als im Gewerbegebiet.

Quelle: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/2398685_Idsteiner-ueben-Widerstand-Wieder-Streit-ueber-Bordell.html